

BRIEFING PAPER 3

DOHA – ODER DIE KRISE DER ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

Michael Obrovsky

MÄRZ 2009

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	2
G20-Gipfel zu den Finanzmärkten und zur Weltwirtschaft.....	2
Monterrey Consensus	4
Doha Deklaration zur Entwicklungsfinanzierung.....	5
UN-Weltwirtschaftsrat.....	6
Abkürzungsverzeichnis	7
Literatur	8

IMPRESSUM

Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung – ÖFSE
Bereich Wissenschaft & Forschung
A-1090 Wien, Berggasse 7
Tel. ++43 / 1 / 317 40 10-200 / Fax ++43 / 1 / 317 40 15
E-Mail: office@oefse.at
WEB: <http://www.oefse.at> und <http://www.eza.at>

Einleitung

Die Nachfolgekonferenz des UN-Gipfels von Monterrey des Jahres 2002 zur Entwicklungsfinanzierung fand von 29. November bis 2. Dezember 2008 in Doha statt. Einerseits ging es darum, die Fortschritte bei der Umsetzung des „Monterrey Consensus“ zu analysieren und zu bewerten und andererseits sollte die Konferenz wieder Schwung in die internationale Diskussion über die quantitativen und qualitativen Verpflichtungen der Geberländer bringen.

Zwei Ereignisse paralyisierten die Vorbereitungen und brachten die Konferenz fast zum Scheitern:

- die globale Finanzkrise und
- die Wahl des US-Präsidenten Barack Obama.

Die Hiobsbotschaften betreffend die Auswirkungen der US-Finanzkrise auf den globalen Finanzmarkt und die Sorge um das Übergreifen der Krise auf die Realwirtschaft marginalisierten die Bedeutung des Themas Entwicklungsfinanzierung in der öffentlichen Wahrnehmung. Angesichts der Finanzkrise rückten protektionistische Reflexe der Politiker (z.B.: Großbritannien, Frankreich, USA) zur Rettung der nationalen Wirtschaft in den Vordergrund (vgl.: Krönig 2009) und verdrängten die affirmative Globalisierungsrhetorik der Regierungen. Das internationale Krisenmanagement der USA und der EU konzentrierte sich daher primär auf die Rettung maroder Banken und die Schaffung von Konjunkturpaketen für die westlichen Industrieländer, während die Auswirkungen der Finanzkrise auf Osteuropa und die Entwicklungsländer vorerst nicht weiter thematisiert wurden.

Am 30. Oktober 2008 tagte im UN-Hauptquartier in New York unter dem Vorsitz des Präsidenten der UN-Generalversammlung d'Escoto ein Panel zur globalen Finanzkrise, bei dem resümiert wurde, dass weder die USA noch die Bretton Woods Institutionen IWF und Weltbank adäquate Antwort auf die internationale Finanzkrise geben. „Der einzig realistische Ausweg aus der Krise wäre ein demokratischer, inklusiver Prozess, wie er nur im Rahmen der Vereinten Nationen vorstellbar ist“ (W&E 2008). Neben einer neuen internationalen Finanzorganisation fordert Joseph Stiglitz auch ein neues Mandat für Zentralbanken und die Regulierungsbehörden. Der Doha-Gipfel hätte eine Gelegenheit zur Lösung sowohl institutioneller (i.e. governance bezogener) Fragen, als auch zur Vorbereitung inhaltlicher Fragen sein können (Stiglitz 2009). Am 14. November 2008 wurde die Einrichtung einer hochrangigen Kommission zur Reform des internationalen Finanzsystems unter der Leitung Joseph Stiglitz bekannt gegeben, die bis April 2009 einen Bericht zur Reform des globalen Finanz- und Währungssystems erstellen soll.

Die Wahl von Barack Obama zum 44. Präsidenten der USA am 4. November 2008 erhöhte zwar die Chance auf einen Wandel der gesamten amerikanischen Politik enorm, vor der Amtseinführung Obamas am 20. Jänner 2009 waren aber konkrete Beschlüsse und politische Zusagen von der Regierung George W. Bush nicht zu erwarten. Genau in dieser Phase des „Interregnums“ war der UN-Gipfel in Doha angesetzt.

G20-Gipfel zu den Finanzmärkten und zur Weltwirtschaft

Als Zeichen des globalen Krisenmanagements trafen sich am 15. November 2008 die Regierungschefs der G20 Länder noch einmal mit dem scheidenden US-Präsidenten George W. Bush in Washington zu einem Gipfel zu den Finanzmärkten und zur Weltwirtschaft, um internationale Handlungsfähigkeit zu signalisieren und damit stabilisierend auf die Finanzmärkte wirken zu können. Ein Hauptergebnis des Gipfels bestand darin, dass für April 2009 (2. April 2009) ein weiteres Gipfeltreffen vereinbart wurde, auf dem konkrete Beschlüsse zur Reform

des globalen Finanzsystems verabschiedet werden sollen. Zwar wurde der G20-Gipfel als wichtiger Fortschritt der globalen Problemlösungsstrategien interpretiert, da das Ende der G8 „als exklusives Steuerungsgremium der Superreichen für die Weltwirtschaft“ (Falk 2008b) mit der Erweiterung um die Schwellenländer eingeläutet wurde. Die Einbindung der „Neuen Akteure“ (u.a. China, Indien und Brasilien) in die Konzeption einer neuen Weltwirtschaftsordnung sei ein Meilenstein der Globalisierung (Fehrl 2008). Umgekehrt kritisierten VertreterInnen der Zivilgesellschaft, dass man mit dem G20 Gipfel sprichwörtlich den Bock zum Gärtner mache. Das heißt, dass jene Institutionen und Personen, deren Politik für die Finanzkrise verantwortlich ist, sich als Strategen für die Problemlösung in Washington zusammensetzen, um einen neuen undemokratischen Washington Konsensus zu formulieren (EU-ROSTEP 2009). Die Konzeption einer neuen internationalen Finanzarchitektur sollte vor allem auch jene einbeziehen, die von der Finanzkrise am stärksten betroffen sind – die Entwicklungsländer. Die Restrukturierung von „ökonomischer Global Governance“ (Falk 2008b) sollte daher bei einem G192-Gipfel (Falk 2008a) zur Diskussion gestellt werden und nicht den G20-Gipfel Teilnehmern überlassen bleiben.

Der Doha-Gipfel begann daher unter denkbar schlechten Vorzeichen.

Mit Ausnahme des französischen Präsidenten Sarkozy (Frankreich hatte in der 2. Hälfte des Jahres 2008 die EU-Rats-Präsidentschaft inne) fehlten die meisten Staats- und Regierungschefs der OECD-Länder sowie der Schwellenländer beim Doha-Gipfel, zumal weder weit reichende politischen Initiativen noch konkrete Beschlüsse erwartet werden konnten. Österreich war beispielsweise mit dem Staatssekretär im BMeiA Dr. Hans Winkler vertreten, der der neuen Regierung nicht mehr angehören sollte.

Die VertreterInnen von NGOs argumentierten zwar damit, dass von den Regierungen der OECD-Länder binnen kürzester Zeit Milliarden Dollar in Form von Krediten und Garantien für Konjunkturpakete und für die Unterstützung finanzschwacher Banken mobilisiert werden konnten und forderten daher, dass es – bei entsprechendem politischen Willen – leicht möglich sein müsste, die internationalen Zusagen für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit endlich einzulösen. Im Vergleich zu den Konjunktur- und Rettungspaketen der OECD-Länder bildeten die insgesamt rund 100 Mrd US \$ an jährlich gemeldeter ODA nur einen „drop in the ocean“ argumentierte auch Robert Zoellick, der Weltbankpräsident und forderte trotz Finanzkrise die Einhaltung der ODA Zusagen. Der Wandel der globalen ökonomischen Finanzarchitektur war in Doha zentraler Diskussionspunkt. Somit hätte Doha „ein Fenster der Gelegenheiten“ und ein Impuls zu einem neuen „Bretton Woods“ sein können (Falk 2008a), Andererseits kündigten einige Länder (z.B.: Frankreich, Italien) bereits im Vorfeld Kürzungen bei ihren ODA-Budgets für die kommenden Jahre an und schwächten damit die gemeinsame Position der EU-Mitgliedsländer zur Erreichung des 0,7 % ODA-Zieles bis 2015.

Während Japan, die USA, Kanada, Australien und Neuseeland substanzielle Fortschritte und Zugeständnisse blockierten, konnten sich die Mitgliedsländer der EU nicht auf neue innovative Finanzierungsinstrumente einigen. Die G77 hingegen fühlten sich aus dem G20-Prozess ausgeschlossen und wollten in Doha nicht nur als Statisten an der Gestaltung der internationalen Finanzarchitektur teilhaben. Getreu dem Motto „Kein Deal ist besser als ein schlechter“ (Falk) standen sie Kompromissen skeptisch gegenüber. Daher konnten sich die Regierungen im Vorbereitungsprozess des Gipfeltreffens auf kein gemeinsames „Outcome Dokument“ einigen, sodass „zu Konferenzbeginn noch zwei Drittel des Abschlusstextes zur Disposition standen“ (Martens 2008).

Monterrey Consensus

Die Agenda des FfD-Gipfels in Doha basierte im Wesentlichen auf dem „Monterrey Konsensus“ der die Beschlüsse und Verpflichtungen des ersten FfD-Gipfels im Jahr 2002 zusammenfasst.

Für folgende sechs Bereiche wurden in Monterrey bereits 2002 Verpflichtungen formuliert:

- Mobilisierung heimischer Ressourcen für die Entwicklung
- Mobilisierung internationaler Ressourcen für die Entwicklung: Ausländische Direktinvestitionen und andere private Leistungen
- Internationaler Handel als Entwicklungsmotor
- Steigerung der internationalen finanziellen und technischen Hilfe
- Verschuldung
- Systemische Fragestellungen: Stärkung der Kohärenz und Konsistenz zwischen internationalen Geld-, Finanz- und Handelssystemen zur Förderung der Entwicklung.

Der Monterrey Konsensus schließt zwar einerseits an den Ansatz der „Neuen Entwicklungsarchitektur“ an und betont mit der Mobilisierung heimischer Ressourcen auch die Verantwortung der Regierungen in Entwicklungsländern. Ein wichtiger Erfolg des Monterrey Konsensus wird in der Mobilisierung internationaler Ressourcen für die Entwicklung gesehen. Die Mobilisierung privater Mittel in Form von Direktinvestitionen in Entwicklungsländern oder finanzielle Beiträge von privaten Stiftungen bei Entwicklungsprogrammen appelliert an die Wirtschaft, bzw. an die Eigentümer von Produktionsmittel und Kapital, dieses verantwortungsvoll in Entwicklung zu investieren. Damit wird die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit einerseits entlastet und andererseits gleichzeitig die Globalisierung der Wirtschaft vorangetrieben. Die uneingeschränkte Anerkennung des Handels als Entwicklungsmotor und der Versuch gleichzeitig die Bedingungen des Welthandels mit Hilfe der Welthandelsorganisation (WTO) zu liberalisieren entspricht dem neoliberalen wirtschaftspolitischen Paradigma der 1990er-Jahre, mit dem der Machtanspruch des kapitalistischen Systems global durchgesetzt werden sollte.

Die Steigerung der internationalen finanziellen und technischen Hilfe wurde 2002 vor allem vor dem Hintergrund der Millennium Development Goals (MDGs) und im Hinblick auf die Umsetzung der ODA-Quote angestrebt. Die Unverbindlichkeit des Monterrey Konsensus im Hinblick auf die Festlegung der Steigerung der internationalen Hilfeleistungen überrascht wenig. Die EU-Mitgliedsländer hingegen verabschiedeten im Rahmen der Vorbereitung der Monterrey Konferenz in Barcelona konkrete Zwischenschritte bei der Erreichung der ODA-Quote von 0,7 % des BNE bis 2015. Der Bedeutung der Entschuldung für die Armutsbekämpfung und für die Bereitstellung von nationalen Ressourcen für die Entwicklung wurde auch in Monterrey Rechnung getragen.

Die unter dem Begriff „Systemische Fragestellungen“ zusammengefassten Aspekte der Kohärenz und Konsistenz zwischen den internationalen Geld-, Finanz- und Handelssystemen zur Förderung der Entwicklung sprechen den politischen Regulierungsbedarf auf der internationalen Ebene an, um die negativen Auswirkungen der Globalisierung der Wirtschaft in den Griff zu bekommen. Die Probleme bei der „Konfiguration der Beziehung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern“ waren auch in Monterrey auf der Agenda. Die Bedingungen für eine neue Aufteilung der Verantwortung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern waren allerdings im Jahr 2002 – also knapp ein halbes Jahr nach dem Terroranschlag auf das World Trade Centre – denkbar schlecht.

Die Bedeutung des Monterrey Konsensus ist daher vielmehr darin zu sehen, dass sich bei einem UN-Gipfel Industrie- und Entwicklungsländer über einen Rahmen der Entwicklungsfinanzierung verständigen konnten. Er bietet ein umfassendes Bild aller Finanzflüsse in einer globalen Finanzarchitektur unter Einbeziehung aller wichtigen Akteure.

Bei der Doha-Konferenz zur Überprüfung der Umsetzung der Ergebnisse von Monterrey 2002, konnte durchaus auf Erfolge zurückgeblickt werden. Auch wenn die Steigerung der gesamten ODA-Leistungen auf rund 104 Mrd US \$ im Jahr 2006 vorwiegend auf die Berücksichtigung der Entschuldungsmaßnahmen innerhalb der ODA-Statistik und auf die Wiederaufbaumaßnahmen nach dem Irak Krieg zurückzuführen waren ist beispielsweise die Mobilisierung privaten Kapitals stark angestiegen. Die Exporterlöse und die privaten Kapitalströme in den Süden führten zu zweistelligen Wachstumsraten. Der wirtschaftliche Aufschwung Chinas, Indiens oder Brasiliens wird als Erfolgsgeschichte der Globalisierung angesehen.

Die Finanzkrise, die in der Zwischenzeit zu einer Weltwirtschaftskrise mutierte, kompensierte die Erfolge. Die gestiegenen Nahrungsmittelpreise sowie die geringere Nachfrage nach Produkten aus Entwicklungsländern werden zu einem Anstieg der in absoluter Armut lebenden Menschen auf der Welt führen.

Doha Deklaration zur Entwicklungsfinanzierung

Die in Doha verabschiedete „Doha Declaration on Financing for Development“ wird als Minimumkonsens betrachtet, der unter den gegebenen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen möglich war. Als „Gipfel der verhandelten Entscheidungen“ (Martens 2009), der „viele Floskeln“ und „wenig Präzision“ (Brun 2008) enthielt wurde der UN-Gipfel von Teilnehmern bezeichnet. In der Deklaration werden zunächst die Ziele und Verpflichtungen des Monterrey Konsensus bestätigt und verstärkte politische Anstrengungen zur Erreichung der internationalen Entwicklungsziele angekündigt. VertreterInnen von NGOs kritisierten vor allem das Schlussdokument der Konferenz. Es „bleibt vage und enthält keine konkreten Maßnahmen und Fahrpläne“ (Brun 2008).

Ein zentrales Thema der Konferenz war die Kooperation in Steuerfragen, wobei die Aufwertung des zuständigen UN-Expertenausschusses für Steuerfragen zu einem zwischenstaatlichen Gremium auf 2009 verschoben wurde. Deutschland hat mit dem „Internationale Tax Compact“ eine Initiative für einen internationalen Pakt gegen Steuerflucht eingebracht, der bei vielen Ländern zumindest auf Interesse gestoßen ist. Ziel ist es, gemeinsam mit multilateralen Einrichtungen, Zivilgesellschaft, Privatsektor und weiteren Beteiligten die internationale Kooperation gegen Kapitalflucht und Steuervermeidung zu verbessern.

Bei der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung hat die Doha-Konferenz keine neuen Fortschritte gebracht. Die RegierungsvertreterInnen verwiesen auf die bestehenden Verpflichtungen zur ODA-Erhöhung (EU-Stufenplan, G8 Gipfel von Gleneagles 2005 und Hokkaido 2008). Bei den innovativen Finanzierungsinstrumenten wurde die Vorlage eines Fortschrittsberichts bei der UN-Generalversammlung 2009 moniert.

Mit dem Auftrag an den UN-Generalsekretär einen Bericht über die Quantität, Qualität und Wirksamkeit der weltweiten Entwicklungshilfe in enger Zusammenarbeit mit der Weltbank, den regionalen Entwicklungsbanken und dem Development Assistance Committee der OECD zu erstellen und diesem dem Development Cooperation Forum (DCF) des ECOSOC vorzulegen wurde die Rolle des DCF aufgewertet.

UN-Weltwirtschaftsrat

Als wichtigstes Ergebnis der Konferenz wird der Beschluss der RegierungsvertreterInnen angesehen, eine UN-Konferenz „auf höchster Ebene“ über die globale Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Entwicklungsländer voraussichtlich im Juni 2009 durchzuführen. Damit wird deutlich signalisiert, dass der Diskurs über die politische Analyse der Finanzkrise und ihren Auswirkungen nicht den G20 überlassen wird (Martens u.a. 2008).

Die Empfehlungen der Stiglitz-Kommission, die bis April 2009 ihren Bericht liefern wird, sollen die inhaltliche Grundlage für den UN-Gipfel bilden.

Die Bereitschaft die Reform der internationalen Wirtschafts- und Finanzarchitektur unter der Führung der UN zu diskutieren wurde auch bei einer Rede der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel im Dezember 2008 deutlich, die von der Notwendigkeit der Schaffung eines Weltwirtschaftsrates sprach (Martens 2009). Die Entwicklung der Wirtschaftskrise zu Beginn des Jahres 2009 dürfte die Realisierung dieses ambitionierten Vorhabens wiederum bremsen, denn bei den Vorbereitungen des G20-Gipfels am 2. April 2009 konnten sich die G20 Finanzminister nicht zu einem globalen „New Deal“ zur Stimulierung der Weltwirtschaft einigen. Zentrales Thema des G20-Weltwirtschaftsgipfels soll die globale Finanzmarktregulierung werden, die auch vom neuen amerikanischen Präsidenten Barack Obama begrüßt wird (Nonnenmacher 2009). Durch die Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen in den Vereinigten Staaten sind auch die Chancen für Reformen in der internationalen Wirtschafts- und Finanzarchitektur angestiegen.

Angesichts der realen Wirtschaftskrise werden ohne ein finanzielles „Rettungspaket für die MDGs“ (Watkins 2009) die Reformen der internationalen Wirtschafts- und Finanzarchitektur für Millionen von in Armut lebenden Menschen in den Entwicklungsländern zu spät kommen. „Angesichts der Finanzkrise müssen die Geber ihre Entwicklungshilfeverpflichtungen erhöhen“ resümiert Kevin Watkins, da die Alternative darin bestünde, „die ärmsten Menschen der Welt für eine Krise bezahlen zu lassen, die von den reichsten Bankern des Globus verursacht wurde.“

Das Follow up der Doha-Konferenz zur Finanzierung der Entwicklungsfinanzierung sollte neben dem Engagement zu strukturellen Reformen der Wirtschafts- und Finanzarchitektur die finanziellen Verpflichtungen der Geberländer nicht aus den Augen verlieren.

Abkürzungsverzeichnis

BMeiA	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
BNE	Brutto-National-Einkommen
DAC	Development Assistance Committee / Entwicklungshilfeausschuss
DCF	Development Cooperation Forum
ECOSOC	Economic and Social Council
EU	Europäische Union
FfD	Financing for Development
G20-Länder	Informeller Zusammenschluss der 19 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer und der EU
G77	ist ein loser Zusammenschluss von Staaten der Dritten Welt; umfasst mittlerweile 130 Mitgliedstaaten
IWF	International Monetary Fund / Internationaler Währungsfonds
MDGs	Millennium Development Goals / Millennium-Entwicklungsziele
NGOs	Non Governmental Organisation / Nicht-Regierungsorganisationen
ODA	Official Development Assistance / Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development / Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
UN	United Nations / Vereinte Nationen
WTO	World Trade Organisation, Welthandelsorganisation

Literatur

Brun, Markus (2008). Viele Floskeln, wenig Präzision, in: Global+ Winter 2008, alliance sud, Bern.

EUROSTEP (2009). Banking on Change: Towards an Economic System that Works for People and the Planet (Substance Proposals for the G20 Summit). Online in Internet: <http://www.eurostep.org/wcm/content/view/455/167> (Stand: 6.3.2009)

Falk, Rainer (2008a). G192 in Doha: Was steht auf dem Spiel? Vorschau auf die 2. FfD Konferenz der UNO, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), 22.11.2008.

Falk, Rainer (2008b). G20: Weltfinanzgipfel im Interregnum, in: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung (W&E), 17.11.2008.

Fehrle, Brigitte (2008). Als die Welt die Globalisierung verstanden hat, in: Zeit-online. Online in Internet: <http://www.zeit.de/online/2008/47/g20-treffen-washington-finanzkrise-kommentar> (Stand: 12.3.2009)

Gallagher, Kevin P./Timothy A. Wise (2009). Zeit für eine entwicklungsgerechte WTO-Reform. Von der Finanzkrise zur Krise des Welthandels, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E).

Krönig, Jürgen (2009). Das Gespenst des Protektionismus kehrt wieder. In: Zeit-online 11. Jänner 2009. Online in Internet: <http://www.zeit.de/online/2009/07/protektionismus> (Stand: 12.3.2009)

Lätt, Jeanne/Asiye Öztürk (2009). Schwellenländer in die Pflicht nehmen. Aufstrebende Nationen wie Mexiko, China oder Südafrika müssen Partner der traditionellen Industriestaaten werden, in: Zeit-online 09. Jänner 2009. Online in Internet: <http://zeit.de/online/2009/07/Wschwellenländer-industrielande-weltordnung> (Stand: 12.3.2009)

Martens, Jens (2008). FfD-Konferenz im Schatten der Weltfinanzkrise, in: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung (W&E) 10/Okttober 2008.

Martens, Jens/Klaus Schilder (2008). Nach dem Gipfel ist vor dem Gipfel: Der bemerkenswerte Konsens von Doha, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E) 12/Dezember 2008

Martens, Jens (2009). Gipfel der vertagten Entscheidungen, in: Vereinte Nationen, 01/2009, Berlin.

Mold, Andrew/Dilan Ölcer/Annalisa Prizzon (2008). The Fallout from the Financial Crisis (3): Will Aid Budgets Fall Victim to the Credit Crisis?

Nonnenmacher, Peter (2009). Ein New Deal ist nicht in Sicht; in: Frankfurter Rundschau 16. März 2009.

OECD Development Centre (2008). Policy Insights No 85, Paris.

ÖFSE (2008). Österreichische Entwicklungspolitik 2007, Financing for Development, Wien.

Stiglitz, Joseph (2008). Prinzipien für eine Reform des Finanzsystems. Für einen neuen globalen Wirtschaftsvertrag, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), Luxemburg, W&E 11/November 2008.

Stiglitz Kommission zur Reform der Weltfinanzen (2008). Online in Internet: http://www.un.org/ga/president/63/commission/financial_commission.shtml (Stand: 12.3.2009)

United Nations: Doha Declaration on Financing for Development: outcome document of the Follow-up International Conference on Financing for Development to Review the Implementation of the Monterrey Consensus, Doha, Qatar 29 November – 2 December 2008. Online in Internet:

<http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/LTD/N08/630/55/PDF/N0863055.pdf?OpenElement>
(Stand: 12.3.2009)

W&E-Zusammenfassung (2008). UN-Panel: Zeit für ein neues Bretton Woods, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), Luxemburg, 1.11.2008. Online in Internet: www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org (Stand. 12.3.2009)

Watkins, Kevin (2009). Die Entwicklungshilfe gerät unter Druck, in: Informationsbrief Wirtschaft & Entwicklung (W&E) 2/2009